

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 41

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allgemein**Südrhodesien
Terror zeugt Terror**

Anzeichen negerfeindlicher Tätigkeit einer südrhodesischen Geheimorganisation mehrten sich in Salisbury, das zugleich auch Hauptstadt der zentralafrikanischen Föderation ist.

Vor einigen Wochen noch hatte Sir Roy Welensky (KB, 17. Februar), Ministerpräsident der Föderation, das Bestehen einer illegalen «Rhodesischen Republikanischen Armee» (RRA) als Witz abgetan. Unterdessen haben britische Presseleute in Salisbury anonyme Drohungen von RRA-Agenten erhalten; gewarnt wurde vor dem Absenden «verfälschter» Berichte nach London.

(Die weissen Siedler Südrhodesiens behaupten nach wie vor, die Lage durch energisches Eingreifen retten zu können. Die Monckton-Kommission der britischen Regierung bezeichnete in ihrem Bericht vor Monatsfrist die Lage als äusserst ernst. Die weissen Siedler betrachten heute den Monckton-Bericht praktisch als Verrat und entsprechend Journalisten, welche ihrerseits den Ernst der Lage betonen, als unzuverlässige Elemente.)

Eine Aktivität der RRA besteht im Schmieren von Slogans auf Wände und Strassen, wo der Ausdruck «Neger» anstelle des üblichen «Afrikaner» steht. Anfänglich waren solche Sprüche nur in Salisbury zu finden; sie verbreiten sich jetzt auch auf dem Land.

Bisher erklärte die Polizei, von den hinter dieser Tätigkeit stehenden Kräften nichts zu wissen.

(In den vergangenen Wochen wurden von 6 Reservebataillonen der weissen Siedler Südrhodesiens 4 mobilisiert, um Unruhen zu verhüten. Die Polizei erhielt Sondervollmachten. Die Afrikaner der Föderation demonstrieren seit zwei Monaten nicht mehr nur mit dem Ruf «Freiheit», sondern «Freiheit — Kongo».)

Ceylon**Wer A sagt, muss B sagen**

Eine gültige Erfahrung aus der bewegten Geschichte unseres Jahrhunderts lehrt, dass die Unterdrückung der freien Presse durch eine Regierung immer weiterreichende, mit Demokratie unvereinbare Kontrollabsichten dieser Regierung verrät und ein Abgleiten in Diktatur und Intoleranz aufzeigt. Ceylon ist keine Ausnahme.

Als die Witwe des ermordeten Regierungschefs Bandaranaike als erste Ministerpräsidentin der Welt gewählt wurde, begann sie damit, dass sie sich an der ihrem Mann feindlich gesinnten Presse rächte. Sie kündigte einen Pressekontrollplan an, der die Verteilung des Zeitungsbesitzes unter kleine Aktionäre, mit Regierungsbeteiligung, vorsah. Die Regierung wurde damit in jeder Zeitungsgruppe Mitbesitzerin.

Gleichzeitig begann sie mit einem Programm von Staatsinterventionen, welches das ausländische Kapital abschreckte, rief aber das Ausland um Hilfe an, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes zu verhüten.

Im August sanken Ceylons Auslandguthaben um 11,9 Millionen Rupien und erreich-

ten mit 555,4 Millionen Rupien den niedrigsten Stand seit 1942. Der Totalverlust an Auslandguthaben seit Beginn des Jahres betrug Ende August 133,4 Millionen Rupien.

In dieser Lage kam dann ein Angebot vom Lager der Staaten, die sich in diesen Zuständen zu Hause fühlen: Polen bot Ceylon eine Anleihe von 80 Millionen Rupien zu 2,5 Prozent, rückzahlbar in 18 Jahren, an. Weiter bot Polen Kohle, Zucker und Zement unter Weltmarktpreisen an, bei Bezahlung nach Swing-Kredit.

Weiter bot Polen mit langfristiger Abzahlung Handelsschiffe an, um den Kern der künftigen ceylonesischen Handelsflotte zu bilden. Die Ausbilder sollen aus Polen kommen, die ceylonesischen Offiziere in Polen geschult werden.

(Polen leistet Indonesien seit zwei Jahren dieselben Dienste: Bemannung mit der UdSSR einen grossen Teil der indonesischen Schifffahrt.)

Das Abkommen soll demnächst ratifiziert werden. Damit gleitet Ceylon den Abhang hinunter, dessen Gefälle sich bei den ersten Massnahmen gegen die Pressefreiheit abzeichnete.

Militär**Sowjetunion****Wie zur Zeit der Zaren**

Als Osteuropa vor fünfzehn Jahren die Sowjetarmee kennenlernte, staunte die Bevölkerung über die zum Teil unzivilisierten Horden, die sich über das Land ergossen. Andere Leute, die mit den Spitzen der Sowjetarmee in Berührung kamen, staunten über etwas anderes: Dass es in jedem höheren Stab Offiziere gab, welche die Landessprache beherrschten und allgemein überdurchschnittlich gut bescheid wussten. Die hervorragenden Kenntnisse gewisser hoher Offizierskreise und die Vernachlässigung dieser Faktoren bei den Mannschaften ist eine alte Tradition, die in die Zeit der Zaren zurückreicht. Die Sowjetarmee, eigenartige Mischung altrussischer und neusowjetischer Tradition, hat sie jahrzehntelang mitgeschleppt.

Erst seit einigen Jahren beginnt sie, besonders in den Zeichen der modernen Militärtechnologie, sich davon zu lösen. Noch während des Weltkrieges waren Minenfelder etwas, was man am besten durch vorgeschickte Infanterie zur Explosion brachte, um die teuren Tanks zu schonen, wie Marschall Schukow seinem Freund Eisenhower im kurzen Tauwetter nach 1945 einmal mitteilte.

Eine Tradition dauert heute noch an: Die fast totale Absonderung der Armee von der Zivilbevölkerung. Heute noch leben die Offiziere der Roten Armee in «Militärstädtchen» genannten getrennten Siedlungen, dessen geistiges Zentrum das Offiziersheim ist. Es werden Hochschulkurse veranstaltet, die Offiziersfrauen erhalten Kurse in Modellschneiden und Maschinenschreiben, in Kochen und Kunsthandwerk. Ihre Ehemänner studieren Fremdsprachen, Technologie, Politik und Geographie.

Der «Rote Stern» berichtete im Oktober über die Eröffnung der «Universität für Kultur» im Offiziersheim der Marinebasis Tallinn (ehemals Hauptstadt Estlands).

Ebenfalls im Oktober wurde im Zentralheim der Sowjetarmee die Gesamtarmee-

Konferenz der Bibliothekare der Offiziersheime abgehalten. Hauptthema war die neue Bedienungsform der Bibliothekbenützer, vom «Roten Stern» als die neue Methode des «freien Zugangs zu den Büchern» bezeichnet, die sich sehr bewährt haben soll.

Ein weiteres Problem war der Kontakt zwischen Militärbibliotheken und Parteiorganen der Armee.

Landwirtschaft**Sowjetunion****Den Käse nicht vergessen**

Die Sowjetunion hat Käsesorgen: Das Lebensmittelinstitut der Akademie der medizinischen Wissenschaften empfiehlt, den nährhaften Käse vermehrt zu konsumieren. Das ist aber schwierig, weil ein grosser Teil der Produktion schlecht ist.

Nur 50 Prozent der Gesamtproduktion wurde 1959 als «prima» taxiert, in der ersten Hälfte 1960 sogar nur 46 Prozent. Im traditionellen Käsegebiet des Altai wurden 1959 sogar nur 22 Prozent produziert.

Dieses Bemühen um die Verbesserung der Käseproduktion ist neu. Wie auf anderen Gebieten, wechseln die Staatspläne auch auf dem Milchsektor ihre Schwerpunkte unvorhergesehen. Als auf dem Milchsektor das «Einholen der USA» auch zum Fernziel wurde, behandelte die sowjetische Fachpresse zuerst hauptsächlich die Steigerung der Konsummilch- und Butterproduktion. In der letzten Zeit erst wird die Käseherstellung besonders betont.

Es fehlen aber heute noch die nötigen Vorschriften über Herstellung und Aufbewahrung von Käse sowohl in technischer wie in gesetzlicher Hinsicht.

So ist in der Schweiz nach Artikel 49 des Milchlieferungsregulativs die Ablieferung der Milch von Kühen, die kürzlich mit Antibiotika behandelt wurden und damit noch solche Stoffe ausscheiden, verboten. In der Sowjetunion wird ein solches Verbot erst an Tagungen und Konferenzen gefordert.

(Penicillin, nach Behandlungen noch tagelang in der Milch vorhanden, schädigt die für die Käseherstellung wichtigen Milchsäurebakterien und die Aromabildner; die sonst von Milchsäurebakterien unterdrückten gasbildenden Mikroorganismen entwickeln sich und bewirken Käsefehler; es gibt unangenehme Folgen beim Frischkonsum solcher Milch für die zahlreichen Personen, die überempfindlich gegen Antibiotika sind — besonders Streptomycin spielt hier eine Rolle.)

Das Problem beschäftigt Milchfachleute überall. In der UdSSR sind die Zustände aber offenbar besonders unbefriedigend, schreibt doch die «Milchindustrie»: «... in der Regel wird solche Milch in den Milchfarmen mit der Milch gesunder Kühe vermischt, ohne dass die Molkereien davon Kenntnis haben.»

Um die Käseerzeugung zu verbessern, wird die Qualitätsbezahlung verlangt — nicht nur nach dem Fettgehalt, was bereits gemacht wird, jedoch für die Käseproduktion nebensächlich ist, sondern auch nach anderen Qualitätsmerkmalen. Das Landwirtschaftsministerium ist aber nicht einverstanden; aus organisatorischen und administrativen Gründen widersetzt es sich der allgemeinen Qualitätsbezahlung der Milch.

Das Fehlen der differenzierten Bezahlung aber macht die heute bestehenden Bestimmungen der einzelnen Bundesrepubliken über Käseeremilch zu blossen Empfehlungen, denen nicht nachgelebt wird.

Milchwissenschaftler und Käseeremilchleute haben in Ermangelung der Qualitätsbezahlung einen anderen Weg versucht: Ueber das Gesundheitswesen sollte die Käseeremilch wie die Konsummilch reglementiert werden. Bisher scheint dieser Versuch erfolglos gewesen zu sein, weil bei Käse schlechter Qualität, im Gegensatz zur Konsummilch, kaum ein gesundheitlicher Schaden nachgewiesen werden kann.

Praktisch aussichtsreicher ist die Forderung nach besserem Einsatz von Wasch- und Desinfektionsmitteln durch die Produzenten, nämlich durch die Milchfarmen der Kolchosen und Sowchosen. Die direkt interessierten Molkereibetriebe sollen hier die Kontrolle ausüben.

Im August 1960 wurde an einer Milchkonferenz der Gebiete Ural, Sibirien und Ferner Osten das Problem der technischen Neuorganisation besprochen, die sich wegen vermehrten Maschinenmelkens und der Einführung grosser Kühlaggregate und Milchtanks aufdrängt. Eigentümlicherweise lehnte die Konferenz eine Kontrolle durch Molkereien und Käsereien hier ab: Die Betriebe seien für technische Aufsicht und Service nicht eingerichtet.

Die Zeitschrift «Milchindustrie» verlangte die Schaffung eines speziellen technischen Dienstes; falls die Milchindustrie nicht dazu bereit sei, müsse dieser Dienstzweig im System der landwirtschaftlichen Organe entsprechen.

Ebenso extrem-zentralistisch und bürokratisch sind andere Vorschläge: Käsemeister und Ingenieure in Grosskäsereien sollen alle Hochschulausbildung besitzen. Dazu melden die Wirtschaftsorgane jetzt die freien Stellen dem Staatsplanungsamt. Die Käse sollen ihrerseits sechsmonatige Fortbildungskurse besuchen.

Die Forschungsinstitute hingegen — hier äussert sich die Schwerfälligkeit der zentralen Lenkung — befassen sich nicht mit der Verbesserung bestehender Käsesorten, sondern mit der alten sowjetischen Vorliebe für die Entwicklung neuer Sorten und neuer Methoden für die Herstellung. Mit der Ungeduld, welche die Sowjetplanung auszeichnet, sollen somit schlagartig Missstände beseitigt werden, während weder die wissenschaftliche, noch die gesetzliche, noch die preispolitische Basis vorhanden sind, um die Verbesserungen durchzusetzen und das Interesse der Produzenten zu wecken.

Ostdeutschland

Abgang der freien Bauern

Der Kollektivwirtschaft ein Schnippchen geschlagen haben zwei ostdeutsche Bauern, wie die Ostberliner Zeitung «Der Freie Bauer» zugeben musste.

In Rollwitz (Mecklenburg) gründeten zwei Nachbarn, um der Annexion durch wachsende LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) der Umgebung zu entgehen, eine eigene LPG.

Der eine, Willi Schneider, wurde Präsident und widersetzte sich jetzt erfolgreich einer Einverleibung in eine grössere LPG, da in seiner Kollektivfarm alles reibungslos lief. Er liess dabei durchblicken, dass

die Arbeit praktisch wie ehemals durchgeführt wird: auf den eigenen Höfen. Weniger gut erging es der Zeitung «Der freie Bauer». Letzten Monat meldete ein trockenenes Communiqué aus Pankow, das Blatt sei in seinem Erscheinen eingestellt worden, da es nach der totalen Kollektivierung der Landwirtschaft den Stand des kapitalistischen freien Bauern in der DDR nicht mehr gebe und das Organ demzufolge keinen Sinn mehr habe.

Unterricht

Sowjetunion

Erziehung zum Weltbürger

Der Morgenappell beginnt mit dem Absingen des «Morgenliedes» in indischer Sprache — nämlich in der Moskauer Internatsschule Nr. 23.

Die Schüler dieser Schule lernen Hindi und Urdu als Pflichtsprachen. Bereits in der dritten Klasse können die Kinder in beiden Sprachen die ihnen gestellten Fragen mühelos beantworten. Sie lesen indische Märchen und rezitieren indische Gedichte. In der letzten, achten Klasse verständigen sich die Schüler frei in den beiden indischen Sprachen.

Die Schule gibt den Kindern nunmehr sogar die Möglichkeit, Texte zu verfassen, die für den Druck in Frage kommen könnten, berichtet die polnische Tageszeitung «Slowo Ludu».

(Internatsschüler sind die eigentliche Elite der kommenden Kader.)

Bulgarien Zu trocken

Der Unterricht in unseren Schulen besteht in vielen Fällen nur aus trockener Darstellung der Tatsachen. Sehr oft fehlt dem Lehrer die persönliche Einstellung zum Lehrstoff, wodurch der Unterricht unter dem Mangel an der notwendigen emotionalen Unmittelbarkeit leidet.

Ueber solche und ähnliche Mängel im bulgarischen Schulwesen beklagt sich die Zeitung «Narodno delo». Hauptangeklagter ist der «bürgerliche Objektivismus», der daran schuld ist, «dass beim Unterricht in Geschichte, Geographie und Literatur die kämpferische Parteilichkeit fehlt; dass Fragen, die im Zusammenhang mit dem Klassenkampf stehen, ignoriert werden; dass die Kritik an der Verfälschung historischer Prozesse durch die Feinde des Marxismus mangelt; dass kosmopolitische Ideen geduldet und Fragen, die mit dem revolutionären Kampf der Werktätigen zusammenhängen, nicht in den Vordergrund gerückt werden».

Wirtschaft

Ungarn

Sie wollen einfach nicht

Die ungarische Industrie braucht zu viele Arbeiter, weil der einzelne im kommunistischen System zu wenig leistet.

Die Parteipresse bespricht das Problem in der ihr eigenen Sprache: Sie klagt über

Algerien ist schon als Gebiet römischer Provinzen bekannt. Im 5. Jahrhundert von den Vandalen, im 7. Jahrhundert von den Arabern erobert. Seit 1509 setzten sich zeitweise die Spanier, seit 1600 türkische Janitscharen in Algerien fest. 1830—1847 durch die Franzosen unterworfen. Heute französisches Generalgouvernement, gilt

nominell als Teil des Mutterlandes, beschränkte autonome Verwaltung, dem Innenministerium unterstellt und entsendet Vertreter in die französische Kammer.

Untergliederung: Drei Departemente unter einem Präfekten (Algier, Constantine und Oran) und Südtterritorien unter militärischem Kommando (Ain Sefra, Ghardaia, Touggourt und das Territorium der Oasen).

Bodenfläche: rund 2,4 Millionen Quadratkilometer (einschliesslich der Südtterritorien).

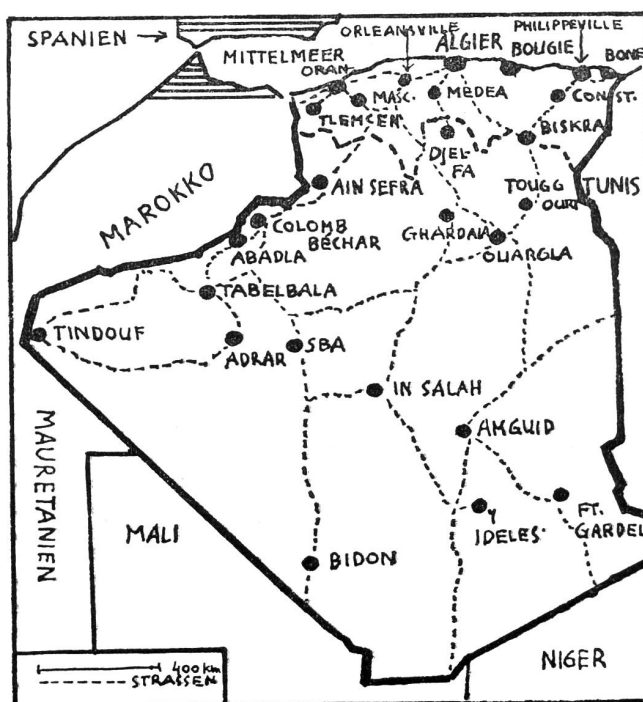
Einwohner (1948): 10,1 Millionen (darunter 820 000 Franzosen).

Grundstock der Bevölkerung berberischer Abstammung, von den Arabern überformt, so dass 70 Prozent der eingeborenen Bevölkerung aus arabisch sprechenden Mohammedanern besteht. Europäischer Bevölkerungsanteil über 1 Million, überwiegend im Norden ansässig.

Hauptstadt: Algier (315 000), andere grössere Städte: Oran, Constantine, Bône. Währungsparität: 1 algr. = 1 NF (Mitglied der Franc-Zone, assoziiertes Gebiet der EWG [Europäische Wirtschaftsgemeinschaft]).

Wichtigste Landesprodukte: Getreide, Oliven, Wein, Erdöl, Eisenerz.

Das neue Gesicht Afrikas: Algerien



die ungenügende Arbeitsproduktivität. Zwar sei der Dreijahresplan 1958—1960 um 13 Prozent übererfüllt; doch die dazu benötigten Arbeitskräfte stellen ein unrationelles Ausschöpfen der Landesreserven dar.

Man habe, schreibt die parteiamtliche «Nepszabadsag», die erhöhte Produktion des Dreijahresplanes zu 70 Prozent durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreichen wollen — stattdessen habe man sie zu 66,7 Prozent im Gegenteil durch Erhöhung der Zahl der Arbeiter erzwingen müssen.

Arbeitsproduktivität ist das Verhältnis zwischen eingesetzten Arbeitskräften und Leistung. Rohstoffe, Produktionsmittel, Technologie und Organisation werden vorausgesetzt; auf dieser Basis gibt der Arbeiter durch seine Ausbildung und seinen Arbeitswillen den Ausschlag für die Arbeitsproduktivität.

Im einzelnen gab das wirtschaftliche Wochenblatt «Figyelő» am 4. Oktober an, das Verhältnis habe sich zwar in den ersten neun Monaten des Jahres 1960 verbessert: nur noch 50 Prozent der Leistungssteigerung sei verstärkten Belegschaften zu verdanken gewesen. Doch gerade in einem empfindlichen Zweig wie im Maschinenbau betrage der Anteil des forcierten Einsatzes stärkerer Belegschaften an der grösseren Leistung immer noch 57,8 Prozent.

Setzt man — bei aller Vorsicht, die bei Parteiquellen gegeben ist — den Anteil der Produktionssteigerung, den man mit Faktoren wie z.B. verbesserter Technologie und Produktionsmitteln erreichen wollte, als tatsächlich erreicht ein, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Anstatt sieben Zehntel der Produktionserhöhung durch besseren Einsatz zu erreichen, haben die ungarischen Arbeiter 1960 nur zwei Zehntel erreicht, und über drei Jahre sogar nur drei Hundertstel — der Rest des Plansolls musste dadurch erfüllt werden, dass man mehr Arbeiter einsetzte.

Vorläufig, warnte «Nepszabadsag», ist die Landwirtschaft noch als Reservoir von Arbeitskräften vorhanden. In absehbarer Zeit wird sie ausgeschöpft sein. Dann wird sich die Industrie vor dem Problem sehen, das sie bisher nicht zu lösen imstande war: die Arbeiter zu rationellerem Einsatz zu bringen.

Beispiel: Die Industrie erhält nicht massgerechte Rohstücke. Im Maschinenbau verursacht deswegen die Rundstahlverarbeitung 40 Prozent Verlust («Magyar Nemzet»).

Beispiel: In einer Schuhfabrik verursachen schlecht normierte Nägel ständige Pannen der Nagelautomaten — 18 Arbeiter mussten zur Vorsortierung der Nägel eingesetzt werden («Nepszabadsag»).

Beispiel: Die Gewinnbeteiligung für mengenmässige Ueberfüllung des Plansolls beträgt Ende Jahr 2 bis 3 Wochenlöhne. Da jedermann diese Prämie unbedingt will, steigert man die Produktion mit den bequemsten Mitteln und scheut sich vor Modernisierungen, die momentane Produktionsausfälle verursachen würden, «auch wenn es per Saldo für die Nationalwirtschaft einen Verlust bedeutet» («Nepszabadsag»).

Beispiel: Vielerorts leisten die Arbeiter passiven Widerstand gegen die Einführung neuer Methoden, weil sie den Verlust des Arbeitsplatzes befürchten («Nepszabadsag»).

Es handelt sich damit im Kern der Sache um den Faktor Arbeitsmoral. Die ungarische Parteipresse erwähnt das Wort nicht, hat aber ein Allheilmittel, um die unbefriedigende Produktivitätsfrage zu lösen: Vermehrte politische Schulung der Arbeiter.

Unser Memo

Im bisher amorphen Block der neuen afrikanischen Staaten hatte sich die erste Gruppierung gebildet, die von jetzt an auch in den Vereinigten Nationen eine Rolle spielen könnte. Noch keine programmatische Einheitlichkeit, aber ein erster wichtiger Versuch zur übergeordneten Entente, das war das Fundament der Konferenz von Abidjan, die am 26. Oktober zu Ende gegangen ist. An ihr nahmen elf Staaten des ehemaligen französischen Afrika teil, die nicht nur Zusammenarbeit untereinander, sondern auch eine gemeinsame Aussenpolitik in etlichen Fragen des Kontinents anstreben. Es sind dies Gabon, die (ehemals französische) Kongorepublik, die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Mauretanien, Senegal, Niger, Obervolta, Dahomey, Französisch Kamerun und die Elfenbeinküste. Zu diesen Elf wird voraussichtlich noch Mali stossen, das nach dem Auseinanderfallen der Mali-Föderation Sudan/Senegal (das heutige Mali entspricht dem ehemaligen Sudan) in eine gewisse Isolierung geraten war. Die Linkstendenz Malis ist weniger ausgeprägt als diejenige Guineas, das sich 1958 von der französischen Gemeinschaft getrennt hat. Von den ehemaligen französischen Territorien fehlten an der Konferenz in der Hauptstadt der Elfenbeinküste ferner Madagaskar und Togo.

Vorderhand ist die realpolitische Bedeutung im Zusammenschluss der elf oder zwölf Staaten noch nicht allzu gross, aber sie kann wachsen. Sie kann unter der Führung des gemässigten Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, ein beruhigendes Element in den von Umbrüchskrisen aufgewühlten Kontinent bringen. Erstes Anliegen der Konferenzteilnehmer ist die Vermittlung im Algerienkonflikt mit Entsendung von Missionen nach Paris und Tunis, dem Sitz der FLN-Regierung. Einzelheiten der geplanten Lösung, sofern ein solcher Vorschlag schon im Detail ausgearbeitet wurde, werden in der nächsten Algeriendebatte der Uno-Generalversammlung auch die Grossmächte sehr interessieren müssen. Denn diese afrikanische Entente könnte zu einem Kristallisationspunkt vieler vorderhand noch nicht blockmässig zusammenwirkenden Neutralen werden, um deren Gunst heute das ganze Tauziehen innerhalb der Weltorganisation in erster Linie geht.

Wie weit die elf afrikanischen Staaten auch im Fall Kongo und Mauretanien ihren ausserpolitisch einheitlichen Einfluss auszuüben vermögen, hängt — besonders in der Kongofrage — stark von der gegenwärtigen Entwicklung ab. Gemeinsame Anliegen der neuen Gruppe werden bei der Dezemberkonferenz in Brazzaville, Hauptstadt der kleinen Kongorepublik (das frühere französische Territorium) deutlicher formuliert werden.

Bis jetzt ist die Konferenz der Elf vor allem ein Bestreben, morgen kann sie eine Macht sein.

Worüber man schweigt

Bei den Schwierigkeiten der ungarischen Industrie mit dem Problem der Produktivität (siehe oben) wird ein Problem sorgfältig ignoriert: Das heisse Eisen der Normen, mit denen der kommunistische Staat die kapitalistischen Ausbeuter schon übertroffen hat.

Die Norm ist nichts anderes als eine Arbeitsleistung in der Zeiteinheit als Grundlage zur Entlohnung.

Wird die Norm überfüllt, erhält der Arbeiter mehr Lohn. Damit ist die Versuchung gross, Quantität auf Kosten der Qualität zu fördern.

Um zu hohe Ueberbezahlung zu vermeiden, setzen die betreffenden Ministerien einen «Plafond» fest, über den hinaus keine Mehrleistung bezahlt wird.

In der ungarischen Industrie ist dieser «Plafond» zwischen 115 und 120 Prozent.

Bei Einführung neuer Methoden, wie auch bei ständiger Ueberschreitung des «Plafonds», wird die Norm entsprechend erhöht. Die normale Normerhöhung besteht darin, den alten «Plafond» zur neuen Norm (120 alte Prozent = 100 neue) zu machen. Damit muss der Arbeiter (der früheren Norm entsprechend) 144 Prozent leisten, um weiterhin 120 Prozent Lohn zu beziehen.

Die Regierung beabsichtigt damit, durch Weiterstecken des Ziels die Produktivität des einzelnen zu fördern, erreicht aber oft das Gegenteil.

«Wegen schlechter Normen vergeuden Arbeiter bis zu einem Drittel ihrer Zeit unproduktiv», wagte «Nepszabadsag» im Oktober zu bemerken.

Allgemein erwähnt die Presse jedoch die Normen kaum. Spräche man zuviel davon, so könnte jemandem die Parallele zum kapitalistischen Akkordsystem auffallen.

Wissenschaft

Sowjetunion

Tod des Doyens

80jährig verschied am 14. Oktober einer der prominentesten Sowjetwissenschaftler, Abram Fjodorowitsch Ioffe, Direktor des Institutes für Halbleiter und ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. (Mitglied der KP seit 1942.)

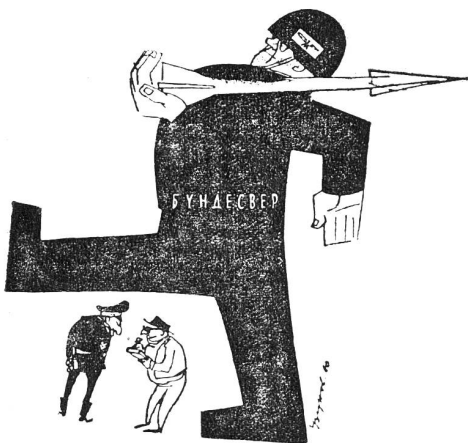
Ioffe wurde 1880 in Romne in der Ukraine geboren, absolvierte das Technische Institut Petersburg und besuchte die Universität München, wo er unter Röntgen tätig war.

Bereits 1910 bewies er experimentell das von einigen Physikern bestrittene Vorhandensein eines Magnetfeldes bei Kathodenstrahlen. Seine hauptsächlichsten Arbeiten waren dem Studium der mechanischen Eigenschaften der Kristalle, der elektrischen der Nichtleiter und derjenigen der Halbleiter gewidmet. Ioffe war mehr Experimentator als Theoretiker und die Bedeutung seines Schaffens auf dem Gebiet der Theorie der festen Körper liegt darin, dass er die Verschiedenheit zwischen der theoretischen und der praktischen Festigkeit der Kristalle erklärt. Beim Studium der Eigenschaften der Nicht- und der Halbleiter liefern seine Arbeiten eine scharf umrissene Definition des Unterschiedes zwischen Metallen und Nichtmetallen mittels Einführung der Zwischenklasse der Halbleiter.

Altes Thema, neu variiert

Hauptthemen der östlichen aussenpolitischen Kommentatoren waren in den letzten Wochen die Auseinandersetzungen in Asien (namentlich Formosa) und Afrika. Das heisst aber nicht, dass die bewährten europäischen Jagdgebiete vergessen sind.

Eine kräftige Unterstützung in ihrem Bestreben, die westdeutsche Rüstung als neues Hitlertum zu brandmarken, erfährt die sowjetische Presse in den Satellitenstaaten. Die in Sofia erscheinende «Rabotnitschesko delo» vom 19. Oktober karikiert die Ausrüstung der westdeutschen



Nato-Truppen mit Raketenwaffen durch eine indirekte, schlagende Pointe. Unter dem Stiefel der Bundeswehr erkundigt sich ein Journalist: «Was gibt es Neues, Herr General?» Die Antwort lautet: «Gar nichts ... ausser der Waffe.»

Wie sie uns gesehen haben

Am 25. Oktober veröffentlichte die New York Times (internationale Ausgabe) folgende Meldung:

«Fribourg, Schweiz, 24. Oktober. Eine Gruppe farbiger Studenten aus dem Kongo wurde am Sonntag in Fribourg Zeuge einer lokalen Abstimmung, aber sie bekamen nur einen Stimmenden zu sehen — einen Angestellten des Stimmlokals, der das Ansehen der Demokratie rettete, als er mit einem ungültigen Zettel den Abstimmungsvorgang demonstrierte.

Die jungen Leute aus der Provinz Katanga besuchen seit einigen Wochen Verwaltungskurse an der Universität Fribourg. Sie waren eingeladen worden, um die lebendige Demokratie kennenzulernen.

Als die Afrikaner am Sonntagvormittag beim Abstimmungslokal eintrafen, war kein Urnengänger in Sicht. Nach einiger Zeit verliess einer der verlegenen Gastgeber seinen Platz, trat durch die Hintertür auf die Strasse und durch das Hauptportal wieder ins Stimmlokal, um wie ein Stimmender ein Stück Papier einzuwerfen.»

kurz

Das Belgrader Regierungsorgan «Borba» kritisierte Chruschtschews Verhalten vor den Vereinigten Nationen, vor allem wegen der Stimmenthaltung zum Antrag der fünf neutralen Nationen (darunter Jugoslawien) auf ein Gipfeltreffen. Dem sowjetischen Regierungschef sei es zu verdanken, wenn der Westen die neutralen Bestrebungen scheitern lassen konnte.

Ueber sechs Millionen Studenten und Mittelschüler, deren Prüfungen vorverlegt wurden, sind in den chinesischen Kommunen zum Landdienst angetreten, um nach einem Sommer der Ueberflutungen, Trockenheit und Misswirtschaft der drohenden Versorgungskrise zu begegnen (Agentur «Neues China»).

Eine sowjetische Militärdelegation besuchte Aethiopien und besuchte dabei in Addis Abeba ein Spital mit sowjetischen Aerzten und Pflegepersonal. Sie wurde zweimal von Kaiser Haile Selassie empfangen («Roter Stern», Moskau, 12. Oktober).

Die Rote Armee hat neue, strengere Disziplinarvorschriften erlassen, die Stellung der Partei in der Armee verstärkt und den Wettbewerb in der Leistung zwischen Einheiten (ähnlich dem zivilen Wettbewerbssystem zwischen Belegschaften) intensiviert.

Im Unterschied zu mehreren anderen Ostblockstaaten meldet Rumänien eine gute Ernte, vor allem des Weizens, der auch rechtzeitig eingebracht werden konnte.

Der Handelsumsatz zwischen Ungarn und Polen hat in den letzten vier Jahren um 59 Prozent zugenommen.

Bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen ist der Kommandant der sowjetischen Raketenstreitkräfte, Mitrofan Iwanowitsch Nedelin (KB, 29. Juni), der erst im letzten Juni nach einer Laufbahn in der Artillerie auf diesen wichtigen Posten gekommen war.

Unter dem kürzlich angenommenen südrhodesischen Gesetz gegen Landstreicherei werden täglich zahlreiche Personen festgenommen. Die Verhöre, denen oft die Einweisung in «Rehabilitierungslager» folgen, sind geheim. Betroffen werden praktisch die Farbigen (siehe S. 5).

Ueber 30 Prozent der sowjetischen Ingenieure sind Frauen. Ihre wöchentliche Arbeitszeit beträgt 41 Stunden.

In Moskau fand die Gründungsversammlung einer ständigen Komekon-Kommission für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwertung der Atomenergie statt.

Erstmals exportiert Grossbritannien kosmetische Produkte nach der Sowjetunion. Die Lieferungen im Wert von mehreren tausend Pfund Sterling sind für den Verkauf in Moskauer Warenhäusern bestimmt. («The Financial Times», 25. Oktober).

Curriculum der Woche

WLADYSLAW GOMULKA

Erster Parteisekretär Polens seit 1956. Geboren 1905 im südöstlichen Krosno, das damals zu Oesterreich-Ungarn gehörte. Nach der Primarschule mit 14 Jahren Antritt von Lehre als Schmied. Zwei Jahre später Organisator einer sozialistischen Jugendgruppe. 1926 Mitglied des linken Flügels der Sozialistischen Partei Polens und laut Sowjetenzyklopädie (in polnischen Biographien nicht erwähnt) gleichzeitig Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei (KPP). Beim Streik in Lodz 1931 festgenommen und bei einem Fluchtversuch angeschossen. Von 1934 bis 1936 Studium am Internationalen Lenininstitut in Moskau und als Parteiagent ausgebildet. Bei Rückkehr nach Polen unter der Regierung Pilsudski zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Dies rettete wohl sein Leben, denn 1937 und 1938 wurden die Spitzen der polnischen KP in Moskau auf Geheiss Stalins liquidiert und die Partei auf Komintern-Beschluss aufgelöst. 1942 wurde sie unter dem Namen Polnische Arbeiterpartei als Widerstandsbewegung neugegründet, in welcher Gomulka als Organisator und aktiver Kämpfer tätig war. 1943 Generalsekretär der Partei. 1945 Erster stellvertretender Ministerpräsident der neuen Regierung. Aktiv in der Errichtung der kommunistischen Herrschaft, aber der landwirtschaftlichen Zwangskollektivierung gegenüber kritisch eingestellt. 1948 nach Bruch Stalin-Tito aus Regierung und Partei ausgestossen. 1951 festgenommen, jedoch nicht offiziell verurteilt. Bis 1955 in Haft. Rückkehr zur Politik im Sommer 1956 nach dem Posener Aufstand. Im Oktober des gleichen Jahres einstimmig zum Ersten Parteisekretär gewählt, meisterte die Unruhen durch liberale Politik. Seine gespannten Beziehungen zu Moskau verbesserten sich seit 1957 fortwährend. Heute von Chruschtschew durchaus anerkannt. Hält als «starker Mann Polens» sowohl auf strikte kommunistische Linie als auch auf nationale Integrität.

Im Rahmen unserer Werbeaktion erhalten Sie eine Nummer der seit bald einem Jahr bestehenden Wochenzeitschrift «Der klare Blick». Die Abonnementsbeiträge sind die wichtigste Einnahme des Schweizerischen Ost-Instituts und ermöglichen Forschungsarbeit über den Kommunismus und Aufklärung in Entwicklungsländern. Falls Sie sich zum Abonnement entschliessen können, bitten wir Sie, entweder den Coupon auf Seite 4 auszufüllen oder den Betrag mit beigelegtem Einzahlungsschein zu überweisen. Wir hoffen, dass Ihnen unsere Zeitschrift gefallen wird.

Redaktion und Verlag
«Der klare Blick»